

Staatsanwalt ermittelt

Pleite-Manager fordert Geld

Im Prater versickerten Millionen der öffentlichen Hand. Jetzt verlangt der verantwortliche Planer 600.000 Euro.

VON MICHAEL BERGER

Verschwundene Millionen, 40 geschädigte Firmen, laufende Ermittlungen der Staatsanwaltschaft und Kritik an der architektonischen Umsetzung – hinter den Gipsfassaden des neuen Riesenradplatzes tobt ein erbitterter Wirtschaftskrimi.

Am 17. September '08 ging der von der Stadt Wien (ohne Ausschreibung) beauftragte Generalunternehmer Explore 5 D in den Ausgleich. 40 Firmen wurden mit 40 Prozent der offenen Rechnungen abgespeist. Um den Ausgleich überhaupt über die Bühne zu bekommen, musste die Stadt Wien 7,9 Millionen Euro Steuergeld zuschießen. Ein Monat später bestätigte das Kontrollamt den Bauskandal: „Statt 39 Millionen wird der Platz vor dem Riesenrad knapp 60 Millionen kosten.“

Stadt Wien: Keine Ausschreibung

Start Am 15. Dezember 2006 erteilt der Gemeinderat an die Marketing und Praterservice GmbH der Auftrag zur Neugestaltung des Riesenradplatzes. Die Flächen gehören der Stadt. Explore 5 D bekommt (ohne Ausschreibung) den Zuschlag.

Kritik In der Planungsphase hagelt es wegen des Walt-Disney-Ambientes Kritik. Auch wegen des Zeitdrucks durch die Fußball-EURO kommt das Projekt in erste Finanznöte.

Anzeige Am 15. Juli 2008 zeigen die Wiener Grünen den Generalunternehmer Explore an. Die Ermittlungen laufen.

Für die Stadt, besonders für die verantwortliche Vizebürgermeisterin Grete Laska, war die Angelegenheit mit dem Ausgleich „erledigt“. Weit gefehlt: Denn jetzt fordert der Geschäftsführer des für den Bauskandal verantwortlichen Generalunternehmens Explore 5 D, Martin Valtiner, 600.000 Euro für Planungen.

Ausgleichsverwalterin Eva Riess bestätigt im KURIER-Gespräch: „Korrekt. Er bekommt aber keinen Cent. Da

muss er schon vor Gericht.“ Denn Valtiner ist auch Chef eines Ziviltechniker-Büros in Lienz. Und diesem Unternehmer (also sich selbst) schanzte er die Planungen des Riesenradplatzes zu. Somit fällt auch dieses Subunternehmen unter die Geschädigten. Riess: „Die Leistungen wurden erbracht, aber Valtiner

stellte die Forderungen nach Ende des Ausgleichsverfahrens. Er ließ alle Fristen verstreichen.“



M. Valtiner: Will 600.000 Euro

Damit, so Insider, rettete der Pleitier seine Firmen vor dem Konkurs. Denn um einen Ausgleich zu erwirken, müssen 75 Prozent der Gläubiger zustimmen. Hätte der für die Pleite Verant-

wortliche 600.000 Euro bekommen, hätten nie und nimmer 75 Prozent der geschädigten Firmen dem Ausgleich zugestimmt. Valtiner (er war für den KURIER nicht erreichbar) wäre konkursreif gewesen. Der Staatsanwalt ermittelt wegen Betruges, fahrlässiger Krida und Untreue.

„Soll er doch klagen“ Georg Wurz, Geschäftsführer der Marketing und Praterservice GmbH, bestätigt: „Wir hat-

ten mit Valtiner einen Termin. Er hat ihn platzen lassen. Unsere Geduld ist am Ende. Soll er doch klagen.“

Der Skandal im Prater lässt jedenfalls den Bürger für die misslungene Auftragsvergabe der Stadt büßen. Denn dank der 7,9 Mill. Euro Steuergeld erhielten nicht nur 40 Firmen zumindest Teilbeträge der offenen Rechnungen, das Rathaus rettete auch einen Pleite-Manager vor dem Konkurs.

Wer mischt mit

Leasing-Deal im Wurstelprater

Das Finanz-Konstrukt um den Riesenradplatz ist international keine Seltenheit. Eine Bank (**Immoconsult**) tritt als Hauptinvestor auf, und verleast die errichteten Immobilien an einen Kunden, diesfalls die Stadt Wien.

Dieser Kunde vermietet dann die Gebäude an Interessenten. Über Mieteinnahmen werden die Leasingraten abbezahlt. Langfristige Verträge gehören dabei zum Geschäft.

Für die Umsetzung des Projektes wurde die **Riesenradplatzerrichtungs GmbH**, eine 100-prozentige Tochter der **Marketing und Praterservice Gesellschaft** gegründet. Von ihr wurde schließlich auch **Explore 5 D** für die Planung und Errichtung der Platzes engagiert.

Sämtliche Verträge mit den involvierten Baufirmen schloss Explore, die somit auch bei wirtschaftlichen Turbulenzen haftbar ist.

Diese Konstruktion verhinderte eine Klage der Grünen gegen die Stadt Wien. Grün-Planungssprecherin Sabine Gretner: „Wir wollten eigentlich die Stadt Wien klagen. Offiziell aber hat die Stadt mit der Misere nichts zu tun.“

INTERNET
www.prater.at



Neuer Riesenradplatz: Laut Kontrollamt fehlen 20 Millionen Euro. Erst 7,9 Steuer-Millionen ermöglichten den Ausgleich des Generalunternehmers